

Rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800 2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Mittwoch, 27. Juni 1979

Blatt 1692

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal:

(rosa)

Wiener Gemeinderat

PID-Kanzleileiterin wurde Kanzleirat

Floridsdorf erhält gynäkologische Ambulanz und
Familienberatungsstelle

Übertragung von Kompetenzen an die Bezirksvertretungen

Abschlußfeier für 200 Rathaus-Lehrlinge

Lokal:

(orange)

101jährige Hietzingerin

Kultur:

(gelb)

Festwochen: Bilanz und Ausblick

k o m m u n a l :

=====

pid-kanzleileiterin wurde kanzleirat

1 wien, 27.6. (rk) mit dem kanzleiratstitel wurde die lang-
jaehrige kanzleileiterin des presse- und informationsdienstes und
bezirksraetin elfriede h o r v a t h ausgezeichnet. der wiener
stadtsenat beschloss mittwoch auf antrag von personalstadtrat
franz n e k u l a diese auch fuer den pid ehrenvolle auszeich-
nung. frau horvath gehoert dem pressedienst der stadt wien seit
der ''stunde null'' im jahr 1945 an. (pr)

0851

k o m m u n a l :

=====

floridsdorf erhaelt gynaekologische ambulanz und
familienberatungsstelle

2 wien, 27.6. (rk) die schaffung einer gynaekologischen ambulanz und einer familienberatungsstelle im krankenhaus floridsdorf wurde mittwoch vom wiener stadtsenat unter vorsitz von buergermeister leopold g r a t z auf antrag von gesundheitsstadtrat univ.-prof. dr. alois s t a c h e r beschlossen. die voraus-sichtlichen kosten fuer den zubau und die einrichtung werden rund zehn millionen s betragen. die gynaekologische ambulanz wird aus einem behandlungsraum sowie drei krankenzimmern mit insgesamt acht betten bestehen. fuer die errichtung dieser gynaekologischen ambulanz besteht bereits seit jahren ein dringender bedarf, da gynaekologische behandlungen im krankenhaus floridsdorf bisher nur im rahmen der chirurgischen ambulanz durch einen konsiliararzt durchgefuehrt werden konnten.

stadtraetin dr. gertrude k u b i e n a (oevp) wandte sich gegen das projekt und verlangte die errichtung einer gynaekologischen abteilung. wie prof. dr. stacher dazu erklaerte, sei der einwand der oevp unverstaendlich, da die errichtung der gynaekologischen ambulanz ein schritt auf diesem wege sei. wie stacher betonte, werden in der gynaekologischen ambulanz auch andere notwendige medizinische eingriffe als die gestzlich geregelte schwangerschaftsunterbrechung vorgenommen und er betrachte die errichtung dieser ambulanz als eine notwendigkeit. (ab)

0922

L o k a l :

=====

101jaehrige hietzingerin

3 wien, 27.6. (rk) im schloss schoenbrunn, molnargang 26, wurde mittwoch vormittag der 101. geburtstag der pensionistin maria t u m a gefeiert. bezirksvorsteher stellvertreter peter h a u s e r stellte sich als gratulant ein und ueberbrachte die glueckwuensche der hietzinger bevoelkerung, einen blumenstrauss und ein ehrengeschenk der stadt wien.

das geburtstagskind ist zeitlebens ledig geblieben und war gartenarbeiterin im schloss schoenbrunn. sie diente schon unter kaiser franz josef und hatte damals als blumensteckerin die blumengebinde fuer die festlichkeiten im schloss schoenbrunn gefertigt. (ka)

1013

27. juni 1979

''rathaus-korrespondenz''

blatt 1696

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (1):

4 wien, 27.6. (rk) vor der fortsetzung der beratungen des gemeinderates am mittwoch erfolgte die wahl von gr. b u s t a (spoe), nabg. m u e h l b a c h e r (spoe), b v l a c k n e r (spoe), v b g m . b u s e k (oevp) und d k f m r e i d l (oevp) in den sparkassenrat der zentralsparkasse.

kontrollamtsbericht

ueber die taetigkeit des kontrollamtes im geschaeftsjahr 1978 berichtete gr. dr. h i r n s c h a l l (fpoe). erstmals sei ein derartiger bericht auf grund der bestimmungen der verfassungsnovelle im vorigen jahr im neugeschaffenen kontrollausschuss einer vorberatung unterzogen worden und wurde somit staerker als bisher zu einem organ der volksvertretung. die akzenten des berichtes liegen im erkennen gefaehrlicher tendenzen im budgetieren und wirtschaftlichen bereich und im aufzeigen von rationalisierungs- und einsparungsmoeglichkeiten, sowie im bemuehen um mehr sicherheit fuer die bevoelkerung. bemaengelungen sollen nicht als boeswillige angriffe aufgefasst werden, sondern als ansatzpunkte zu verbesserungen. der bericht soll der verwaltung gelegenheit geben, maengel zu beheben und den gemeinderaeten ermoeeglichen neue initiativen zu setzen.

im einzelnen fuehrte gr. hirnschall folgende feststellungen des kontrollamtes an:

- o von zahlreichen bezirksaemtern ist eine ueberwachung von gefaehrdeten betriebsanlagen in denen erhoelte brandgefahr besteht, nicht mehr durchgefuehrt worden.
- o den strahlenschutzbestimmungen sind zuwenig beachtung geschenkt worden.
- o der nachtraegliche einbau von sicherheitsbestimmungen in staedti-schen wohnhochhaeusern ist erst in zwei von insgesamt 39 objekten abgeschlossen. o/.

- 0 die psychiatrische klinik stand drei jahre lang ohne benuetzungsbewilligung in betrieb.
- 0 im floridsdorfer krankenhaus war kein notstromaggregat eingebaut.
- 0 das gasrohrnetz wird zuwenig ueberprueft.
- 0 bei den untersuchungen ueber das unfallgeschehen bei den wiener verkehrsbetrieben wurde fast nur fremdverschulden festgestellt. das kontrollamt hat jedoch eine bessere ausbildung fuer fahrer vorgeschlagen.
- 0 starke abweichungen zwischen der budgetierung und der tatsaechlichen verbauung beim u-bahn-bau.
- 0 die kabelverlegungsarbeiten fuer die errichtung der 380 kv-leitung wurden nicht an die bestbietenden firmen vergeben.
- 0 bei der muellverbrennungsanlage floetzersteig ist durch altersbedingte ausfaelle der verbrennungsoefen eine verringerung der leistungskapazitaet eingetreten.
- 0 ein industriebau im 23. bezirk wurde ohne baubewilligung errichtet.
- 0 bei einigen vom kulturamt subventionierten vereinen wurden maengel in der kassengebarung festgestellt.
- 0 bei unternehmen im bereich der bauwirtschaft insbesondere bei der wibeba, der fertigteilbau und der wiener bau- und betonstoffwerke wurde eine weitere verschlechterung festgestellt.
- 0 beim wohnpark alt-erlaa wird die besiedelung des kuenftigen bauteil c in frage gestellt.
- 0 im bereich der gastronomie haben sich die verluste weiter erhoehrt.
- 0 den entsorgungsbetrieben simmering sind beim bau einer klaeranlage mehr kosten entstanden, weil ein grundstueck nicht rechtzeitig freigemacht werden konnte.
- 0 bei der staedtischen wohnhausverwaltung wurden ausgaben von mehr als einer halben milliarde festgestellt.
- 0 die finanzielle situation der verkehrsbetriebe hat sich weiterhin verschlechtert, dass dringend sanierungsmassnahmen notwendig sind. vom kontrollamt wurden insgesamt 340 teilbereiche der wiener stadtverwaltung untersucht. (ba) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (2):

kontrollamtsbericht (forts.)

5 wien, 27.6. (rk) auf mehrere einzelne punkte des kontrollamtsberichts ging gr. dkfm. b a u e r (fpoe) ein. so schafften die entsorgungsbetriebe simmering ende 1976 ein kajuetenboot an und liessen fuenf ihrer mitarbeiter das erforderliche schiffsfuehrerpatent machen. seither wurde kein einziger einsatz gefahren. das kontrollamt war der meinung, dass auch eine zille genuegt haette beziehungsweise, dass man erforderlichenfalls ein boot bei der feuerwehr oder bei der strompolizei anfordern haette koennen.

aus subventionsmitteln schaffte die wiener naturwacht lodenkleidung und firngleiter an und bestritt reisekosten. bedienstete der wiener kranken- und wohlfahrtsanstalten erhielten wohnungen zum zwecke der vermietung, in einzelnen anstalten wurden "gratisgaertlein" an mitarbeiter vergeben, wobei nicht einmal der wasserbezug verrechnet wird. der presse- und informationsdienst zahlte ein honorar schon bei der auftragserteilung zur gaenze aus (dieses honorar wurde allerdings zurueckgezahlt).

durch die errichtung einer muellverdichtungsanlage in der per albin hansson-siedlung ost erhoehte sich das gewicht des muells. es stellte sich heraus, dass infolgedessen die muellbehaelter ueberlastet und nicht transportierbar waren. als ausweg bot sich lediglich an, entweder die muellbehaelter nicht zur gaenze zu fuellen oder aber den muell weniger zu verdichten. der zweck der anlage wurde damit ad absurdum gefuehrt.

bauer kritisierte, dass eine reihe von magistratischen bezirksaemtern keine ueberpruefung von betrieben durchfuehrt, deren taetigkeit mit gefahren fuer die oeffentlichkeit verbunden ist. so leitete jahrelang ein betrieb radioaktive schwemmwaesser in das kanalnetz.

im floridsdorfer krankenhaus gibt es noch immer kein notstromaggregat.

bauer forderte abschliessend, die vom kontrollamt aufgezeigten misstaende und versaemnisse so rasch wie moeglich abzustellen. (ger)
(forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (3):

kontrollamtsbericht (forts.)

6 wien, 27.6. (rk) vbgm. dr. b u s e k (oevp) stellte im anschluss an ein lob fuer die arbeit des kontrollamtes und des kontrollausschusses grundsaeztliche ueberlegungen zum problem der kontrolle in der demokratie an. eines der offenen probleme sei z.b. die kontinuierliche weiterverfolgung zugesagter massnahmen. es waere wuensenswert, dass der jeweils zustaendige stadtrat in gewissen abstaenden gegenueber dem kontrollausschuss oder dem gemeinderat ueber diese massnahmen berichte. ein anderes prinzipielles problem sei das sicherheitskontrollamt, das vor allem durch die technologische entwicklung und dem bedarf an qualifizierten personal belastet sei.

bemerkenswert sei der bei vertretern der mehrheitsfraktion fehlende lernprozess gegenueber dem problem der kontrolle: das zeige sich z.b. an der negativen haltung gegenueber den oevp-vorschlaegen zur verhinderung der grundstuecksspekulation.

ein grundsaeztliches problem lasse sich mit den fragen, wann kontrolle einsetzen soll und wie weit sie begleitend up to date zu sein habe, umreissen. hier waere eine laufende information ueber entwicklungen wie z.b. beim akh an die ausschuesse aeusserst wichtig.

vbgm. busek setzte sich weiter mit dem problem der kontrolle auf grund der in oesterreich und wien gegebenen verfassungsrechtlichen bestimmungen auseinander. das system der gewaltenteilung, wie es sowohl die bundes- als auch die wiener verfassung als grundlage haben, sei heute ueberholt. diesen verfassungen liege ein modell zu grunde, wonach einer regierung einem gesamtparlament als kontrollorgan gegenueber stehe. in der praxis sieht es aber heute so aus, dass gegenueber dem block "regierung" - und zugehoeriger mehrheitsfraktion nur die opposition die kontrollfunktion ausuebt.

./.

das hat unter anderem zur folge, dass die kontrolle immer mehr im ausserparlamentarischen bereich stattfindet, wie z.b. durch buerger-initiativen, ombudsmaenner, massenmedien und politische distanz grosser bevoelkerungsgruppen. umso wichtiger erscheint es, die un-abhaengigkeit des kontrollamtes verfassungsrechtlich zu verankern, da nur sie fuer entsprechende transparenz der verwaltung sorgen kann. weiter erscheine es notwendig, dass nicht nur der buergermeister oder der gesamtgemeinderat eine kontrolle anordnen kann, sondern auch eine parlamentarische minderheit. schliesslich wies vbgm. busek darauf hin, dass es problematisch sei, wenn die verfassungsrechtliche forderung nach teilnahme des gesamten gemeinderates an der verwaltung durch die geschaeftseinteilung in der praxis unterlaufen wird. (may) (forts.)

1127

27. juni 1979

''rathaus-korrespondenz''

blatt 1701

k o m m u n a l :

=====

uebertragung von kompetenzen an die bezirksvertretungen

7 wien, 27.6. (rk) in der sitzung des wiener stadtsenates legte mittwoch stadtrat franz n e k u l a eine verordnung vor, durch die wichtige kompetenzen, die bisher dem gemeinderat und direkt dem buergermeister vorbehalten waren, ab 1. juli den bezirksvertretungen uebertragen werden. vor allem wird darin auch die informationsverpflichtung an die bezirksvertretungen festgelegt wird. die verordnung wird noch in der heutigen sitzung des gemeinderates zur beratung und beschlussfassung vorgelegt.

''mit der uebertragung von wichtigen kompetenzen an die bezirksvertretungen wird die buergernaehere der verwaltung gewaehrleistet, wie sie im arbeitspapier des buergermeisters festgehalten ist'', erklarte dazu stadtrat nekula. ''die bezirksvertretungen erhalten zusaetzliche moeglichkeiten, direkt im interesse der wohnbevoelkerung taetig zu werden.'' (smo)

1129

k o m m u n a l :

=====

abschlussfeier fuer 200 rathaus-lehrlinge

8 wien, 27.6. (rk) mittwoch fand im festsaal des rathauses die abschlussfeier fuer 200 rathaus-lehrlinge statt, die nach dreijaehriger lehrzeit ihre berufsausbildung als buerokaufmann beziehungsweise technischer zeichner erfolgreich abgeschlossen haben. personalstadtrat franz nekula uebermittelte den jungen bediensteten die besten glueckwuensche des buergermeisters und begruesste als ehrengaeste den ersten landtagspraesidenten hubert p f o c h , die mitglieder des gemeinderatsausschusses fuer personal und rechtsangelegenheiten mit dessen vorsitzenden, gemeinderat walter s e e b o e c k , an der spitze, sowie eine reihe leitender beamter.

nekula wies darauf hin, dass die stadt wien eine fuelle von serviceaufgaben fuer die bevoelkerung zu erfuellen hat, die es vor wenigen jahrzehnten noch nicht gegeben hat, aber heute als selbstverstaendlichkeit erwartet werden. fuer diese hilfstellungen - vom kindergarten, bis zu den stadtwerken - sind rund 66.000 bedienstete taetig. mitunter wird zwar von buerokratie gesprochen, die bevoelkerung wuenscht jedoch, in einem rechtsstaat zu leben, und die dazu erforderlichen gesetze und verordnungen muessen von den beamten gehandhabt werden. gemessen an der gesamtzahl der bediensteten, ist die zahl der schreibtisch-bediensteten mit 9.000 relativ klein.

die stadt wien hat bisher 4.000 lehrlinge aufgenommen, die stadtwerke weitere 2.500 . die stadtverwaltung hat mit der lehrlingsausbildung vor mehr als einem jahrzehnt begonnen, als es noch nicht so kritisch war, genug arbeitsplaetze zu haben als jetzt, da die geburtenstaerksten jahrgaenge lehrplaetze brauchen. heuer kann die stadt wien abermals rund 250 lehrlinge aufnehmen, bei den stadtwerken werden 107 lehrlinge eingestellt. . / .

gr. raimung k o p f e n s t e i n e r ueberbrachte den jungen bediensteten die glueckwuensche der gewerkschaft der gemeindebediensteten. er stellte fest, dass die stadt wien mit der ausbildung von lehrlingen einen wesentlichen beitrag dazu leistet, dass es bei uns keine jugendarbeitslosigkeit wie in vielen anderen industriestaaten gibt.

dreissig der jungen bediensteten , 20 junge damen und 10 junge herren, haben ihre lehrzeit mit ''auszeichnung'' beendet. stadt-rat nekula ueberreichte ihnen als geschenk der stadtverwaltung neben einem diplom und einem buch je einen vierfachen golddukaten. weitere 55 lehrlinge erhielten fuer ihren abschluss mit sehr gutem erfolg je zwei einfache golddukaten. (smo)

1133

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (4):

kontrollamtsbericht (forts.)

9 wien, 27.6. (rk) gerade jene unternehmungen der wiener holding, die eine gesamtwirtschaftliche funktion zu erfuellen haben, wie zum beispiel der bauring und heute die wibag, sind immer wieder ein anlassfall fuer unregelmassigkeiten und skandale, erklarte gr. dkfm. dr. maria s c h a u m a y e r (oevp). das ist aber kein managementproblem im unpolitischen bereich, sondern ausfluss des systems, dass die sozialisten ihre politischen vertrauenspersonen in leitende wirtschaftspositionen senden. es waere aufgabe der holding, hier vollstaendig ordnung zu machen.

die geschaeftsfuehrer der wiener holding muessten nach hoechster fachlicher und charakterlicher qualifikation ausgesucht werden. denn ein irrtum in der auswahl wird zu einem fall der politischen verantwortung und der politischen schuld. ebenso faellt, wenn etwas passiert, die volle klaerung der tatsachen in die politische verantwortlichkeit. "es gibt kein politisches abputzen", stellte schaumayer fest. man muesste bei der aufklaerung von tatsachen auch mit mehr haerte vorgehen und es duerfte nicht einmal der anschein eines vertuschens erweckt werden. letzten endes bedarf es auch einer gerichtbarkeit, die nicht verschleppt, sondern recht spricht.

die holding soll nicht daran gemessen werden, ob jahr fuer jahr steigende umsatzziffern erreicht werden, sondern daran, ob sie in der lage ist, die begleitende kontrolle zu fuehren, dass jede holding-tochter einwandfrei geleitet wird.

schaumayer sprach sich eindeutig fuer ein weiters bestehen der beteiligungskommission aus. als 1977 die politiker aus den aufsichtsraeten ausschieden, wurde die beteiligungskommission als informationsbruecke fuer die politische ebene geschaffen. die aufgabe der beteiligungskommission - die kommunalpolitischen ziel-

o/e

setzungen der holding-unternehmungen zu ueberpruefen - laesst sich weder im kontrollausschuss noch in einem normalen gemeinderats-ausschuss besorgen. da die laufende politische kontrolle unerlaesslich ist, ist auch die beteiligungskommission unerlaesslich.

in manchen bereichen der holding waeren entscheidungen der politischen gremien zu treffen, erklaerte schaumayer weiter. bei der firma teerag-asdag ist nicht nur die frage der unterkapitalisierung zu pruefen, sondern auch die frage, ob es sinnvoll ist, vier bis fuenf baufirmen im staedtischen bereich zu fuehren. bei der stadterneuerungsgesellschaft waere eine rascheste liquidation anzustreben. die bestehende schadenersatzforderung der fertigteilbau an die stadt wien gehoerte ebenso schnell erledigt, wie die frage des wohnpark alt-erlaa. (sei) (forts)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (6):

kontrollamtsbericht (forts)

11 wien, 27.6. (rk) wir geben keine pauschalurteile gegen die verwaltung oder die betriebe der stadt wien ab, erklarte gr. dr. k r a s s e r (oevp), sondern zeigen immer wieder konkrete misstaende auf. die schaffung des kontrollausschusses brachte erstmals die moeglichkeit, auch an beamte direkte fragen zu stellen. die gemeinderaete der oevp machten von ihrem fragerecht im kontrollausschuss stets ausgiebig gebrauch. fuer die ausschussmitglieder war ein ausserordentliches arbeitpensum zu erledigen. eine kuerzere zeit fuer die drucklegung des berichts wuerde den zeitdruck vermindern.

der sinn der kontrolle liegt darin, durch aufzeigen von fehlern und maengeln ein abstellen der unzuemoemlichkeiten und eine wiederholung der fehler zu vermeiden. die frage, was mit den geruegten geschehen ist, wenn die grenze der nachlaessigkeit schon ueberschritten wurde, ist aber oft nicht beantwortet worden.

die einrichtung des kontrollausschusses erwies sich als notwendig und zweckmaessig. dem kontrollausschuss sollten alle berichte des kontrollamtes vorgelegt werden, und auch die opposition sollte das recht haben, sonderpruefungen zu verlangen.

er hoffe, erklarte dr. krasser, dass die rathausverantwortlichen aus dem "traurigen kapitel" des "freylervereins" entsprechende lehren gezogen haben.

dr. krasser kritisierte, dass sich die taetigkeit der ma 22 im wesentlichen auf die vergabe von untersuchungen beschraenkt habe.

bei oeffentlichen ausschreibungen im rahmen des u-bahn-baues sei die oe-norm verletzt worden.

die gaswerke haben die probleme der umstellung auf erdgas unterschaezt. bei den verkehrsbetrieben sind massnahmen zur entschuldung dringend geboten. (ger) (forts)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (5):

kontrollamtsbericht (forts.)

10 wien, 27.6. (rk) reges interesse seiner fraktion am kontrollamtsbericht bekundete gr. dkfm. dr. a i g n e r (spoe), weil die taetigkeit des kontrollamtes eine grundlage zur behebung von maengeln in der verwaltung und zur verbesserung einiger bereiche bilde. die kontrollinstanz ist daher auch freiwillig von der spoe eingesetzt worden und wurde keinesfalls, wie es des oeffteren behauptet wird, von der opposition abgetrotzt. wien gehoere zu den am meisten geprueften staedten. der kontrollamtsdirektor sei bei der frage, ob in einem bereich etwas weggelassen wurde, grundsaeztlich der verschwiegenheitspflicht entbunden.

aigner vertrat die meinung, dass der kontrollamtsbericht von der opposition falsch eingeschaezt werde und dass die bemaenglungen in reaktion zur summe all dessen, was in dieser stadt geschieht, gesetzt werden muesse. es sei wenig sinnvoll, die feststellungen des kontrollamtsberichtes zu skandalen hochzuspielen und damit sachliche diskussionen zu vereiteln. viele verbesserungen innerhalb der verwaltung konnten auf grund des kontrollamtsberichtes erzielt werden. beispielsweise wurde der anregung fuer strahlenschutzmassnahmen entsprochen, eine staedtische baeckerei wurde neu organisiert, in der ma 34 wurde eine servicegruppe eingerichtet. einen breiten raum nimmt die sicherheitskontrolle ein. fuer die ueberpruefung gefaehrlicher betriebsanlagen wird die schaffung einer eigenen magistratsabteilung erwogen. nach dem brand im hochhaus am parkring wurden sicherheitsvorkehrungen in anderen hochhaeusern getroffen. die einleitung radioaktiver abwaesser wurde abgestellt. die ufer der neuen donau wurden einer sicherheitstechnischen pruefung unterzogen.

die positiven erwaegungen des kontrollamtsberichtes werden von der opposition gaenzlich uebersehen. positiv hervorgehoben wird beispielsweise der transport behinderter schulkinder, die erdgasumstellung und die verbesserte brueckenkontrolle.

aigner betonte, dass der kontrollamtsbericht der stadt wien helfe, geld zu sparen und ein von der spoe gewuenshtes und befuerwortetes organ sei. (ba) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (7):

kontrollamtsbericht (forts)

12 wien, 27.6. (rk) gr. w i e s i n g e r (spoe) betonte, dass das kontrollamt mit seinen 91 beamten und der geleisteten arbeit ein musterbeispiel fuer wirtschaftlichkeit, sparsamkeit und zweckmaessigkeit darstelle. im berichtsjaehr seien dem kontrollausschuss 327 pruefberichte vorgelegt worden, von denen 62 prozent ueberhaupt ohne debatte zur kenntnis genommen wurden. ein einziger bericht und zwar ein aeusserst positiver ueber den vorzeitigen abschluss der umstellung auf erdgas sei nicht einstimmig zur kenntnis genommen worden. dies zeige, dass die opposition auf dem standpunkt stehe, das kontrollamt habe nur negative berichte vozulegen.

zum demokratieverstaendnis der mehrheitsfraktion erwaehte der redner, dass die mehrheit den vorsitz im kontrollausschuss freiwillig einem vertreter der kleinsten im gemeinderat vertretenen fraktion ueberlassen habe und den ersten stellvertreter der grossen oppositionspartei. auch seien alle absetzungsantraege der oppositionsfraktionen von der mehrheit gewahrt worden.

die von der opposition geforderte begleitende kontrolle, duerfe nicht dazu fuehren, dass auf diesem umweg die opposition mehr politischen einfluss erhaelt, als ihr nach dem jeweiligen wahlergebnis zusteht. abgesehen davon, wuerde auf diese art ein uebermagistrat entstehen, was zu verzoegerungen und zu personal- und kostenexplosion fuehren muesse.

zu den forderungen nach der verfassungsmaessigen verankerung der unabhaengigkeit des kontrollamtes bemerkte gr. wiesinger, dass beide dafuer von der opposition vorgeschlagene varianten von der verfassung ausgeschlossen werden. der von der oevp wiederholt geaeusserte wunsch, das kontrollamt analog dem beispiel anderer bundeslaender direkt dem landtag zu unterstellen sei undurchfuehr-

bar, weil nach oesterreichischer bundesverfassung fuer wien die bestimmungen des gemeindeorganisationsrechtes gelten und der wiener gemeinderat auch landtag sei, aber keine eigenen landesorgane und kein eigenes landesbudget bestehen. die zweite variante, das kontrollamt als selbstaendiges gemeindeorgan unabhaengig vom magistrat zu installieren, steht im gegensatz zu den bestimmungen der gemeindeverfassungsnovelle ex 1962, die seit 1965 wirksam ist. damit entspricht die derzeitige position des kontrollamtes vollkommen der bundes- und gemeindeverfassung. (may) (forts)

1342

Das Kontrollorgan des Rathauses wird durch die Bestimmungen der Gemeindeorganisationsnovelle ex 1962, die seit 1965 wirksam ist, geregelt. Es ist kein Teil der Opposition, sondern ein Kontrollorgan, und es ist anzunehmen, dass die Regierungspartei ebenfalls das Kontrollamt kontrolliert. In diesem Zusammenhang ist zu beachten, dass die Gemeindeverfassung die Einrichtung eines Kontrollamtes als selbstaendiges Organ vorsieht. Es ist zu erwarten, dass diese Variante der Gemeindeorganisationsnovelle ex 1962, die seit 1965 wirksam ist, die derzeitige Position des Kontrollamtes vollkommen der Bundes- und Gemeindeverfassung entspricht.

Die Diskussion über die Einrichtung eines Kontrollamtes als selbstaendiges Organ wurde im Rahmen der Gemeinderatsitzung am 27. Juni 1979 diskutiert. Die Diskussion wurde durch den Bericht des Magistrats vom 17. Juni 1979 über die Einrichtung eines Kontrollamtes als selbstaendiges Organ eingeleitet. Die Diskussion wurde durch den Bericht des Magistrats vom 17. Juni 1979 über die Einrichtung eines Kontrollamtes als selbstaendiges Organ eingeleitet.

Generell ist eine Kontrolle, aber auch nicht ohne öffentliche Diskussion möglich. Die Kontrollamtsberichte sollen daher öffentlich diskutiert werden, eine öffentliche Diskussion ist nur gewährleistet, wenn Untersuchungen der Stadt über die Diskussion möglich sind. (may) (forts)

(may) (forts)

1342

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (8):

kontrollamtsbericht (schluss)

13 wien, 27.6. (rk) gr. dr. h i r n s c h a l l (fpoe) erklarte in seinem schlusswort als berichterstatter, dass die aktualitaet des wiener kontrollamtes kaum von einem anderen kontrollorgan uebertroffen wird. der bericht des kontrollamtes ist kein monopol der opposition, sondern allgemeingut, und es ist aner kennenswert, dass die regierungspartei ebenfalls das kontrollrecht reklamiert. im ausschuss herrscht auch aufgeschlossenheit gegenueber begruendeten ersuchen der minderheit. es ist zu wuenschen, dass diese aufgeschlossenheit anhaelt.

hirnschall unterstrich zwei in der dirskussion gestellte anregungen: die amtsfuehrenden stadtraete sollten nach einer frist ueberpruefen, ob den bemaengelungen des kontrollamtes rechnung getragen wurde und weiter sollte die holding-bilanz vom vorjahr bereits im herbst des laufenden jahres und nicht erst im fruehjahr des kommenden jahres behandelt werden.

demokratie ist ohne kontrolle, aber auch nicht ohne oeffentliche diskussion moeglich. die kontrollamtsberichte sollten daher oeffentlich diskutiert werden, eine vertrauliche behandlung ist nur gerechtfertigt, wenn unternehmungen der stadt wien aus der diskussion schaden erwachsen koennten, schloss hirnschall.

(sei) (forts)

1345

k u l t u r :

=====

festwochen: bilanz und ausblick

14. wien, 27.6. (rk) kulturstadtrat dr. helmut z i l k zog in einem pressegespräch am mittwoch bilanz ueber die festwochen 1979. diese bilanz stellte auch den ausgangspunkt fuer die ueberlegungen zur gestaltung der kuenftigen festwochen dar, wobei zilk jedoch betonte, dem kuenftigen intendanten der festwochen nicht vorgreifen zu wollen. dieser solle bis zum herbst gefunden werden, persoenlichkeiten dieses kulturellen und organisatorischen rangs koenne man nicht ad hoc finden, meinte zilk.

die festwochen 1979 waren durch eine vielzahl erfolgreicher veranstaltungen gekennzeichnet, denen allerdings auch eine reihe von ereignissen gegenueberstand, die nur ein geringes publikumsinteresse fanden. besonderes interesse fand das avantgardefestival im theater im zelt, das im schnitt zu 85 prozent ausverkauft war. von den uebrigen gastspielen waren das juedische theater bukaresst, die moskauer kinderoper und das ballett der ungarischen oper besonders gut besucht. dass auch die moderne ihr publikum findet, zeigte der besuch von "gross und klein" von botho strauss und von zykans "symphonie aus einer heilen welt". besonders erfolgreich gestalteten sich die veranstaltungen in den bezirken, wobei das "fahrende podium" und das "konzertkaffee" den groessten besucherkreis erreichten. schlecht waren hingegen die kindertheatervorstellungen im zelt besucht, was zilk sowohl auf den ort als auch auf die zeit zurueckfuehrte. auch einige gastspiele im theater an der wien fanden nur wenig publikum. auf dem konzertsektor ergab sich ein insgesamt guter besuch, ebenso bei den ausstellungen, wobei die schau "wien vor 100 jahren" in der hermesvilla mit 16.000 besuchern besonders gut besucht war.

von den erfahrungen der heutigen festwochen ausgehend, kuendigte zilk aenderungen fuer die kommenden jahre an, die durch das geaenderte freizeitverhalten der wiener zum jetzigen festwochentermin und durch die auch durch ein interessiertes publikum nicht mehr nachvollziehbare fuehle von ereignissen notwendig erscheinen. zilk betonte, dieses geplante "gesundschrumpfen" der festwochen sei ./.

in einer sinnvollen ueberschaubarkeit und in einer konzentration auf das wesentliche zu verstehen. ebenso sei es wichtig, bestimmte auffuehrungen nicht nur einmal zu bringen. nach den ueberlegungen zilks soll das eigentliche festival in einem verkuerzten und auch jahreszeitmaessig zurueckversetzten zeitraum stattfinden und so neben den interessierten wienern auch mehr echte "festwochentouristen" anziehen. eine reihe von ueber das ganze jahr verteilten veranstaltungen - bereits fuer februar 1981 ist ein internationales ballettfestival geplant - soll nach dem motto "wien hat immer saison" die festwochenzeit ueber das ganze jahr ausdehnen. diese ueberlegungen gelten im naechsten jahr bereits fuer das kindertheaterfest, das zu einem anderen zeitpunkt (nicht vor dem schulschluss) und an einem anderen ort in zentraler lage stattfinden soll. auch eine ueberpruefung der eintrittspreise scheine hier angebracht.

eine weitere aufwertung der bezirkfestwochen - ein thema, das zilk besonders hervorhob - soll ebenfalls schon im naechsten jahr platz greifen. hier ist daran gedacht, durch hoehere budgetierung und zusammenarbeit mit dem rundfunk dem zweifellos vorhandenen kulturellen interessen in den bezirken weiteren auftrieb zu verleihen.

neben diesen schwerpunkten kuendigte zilk fuer die festwochen 1980 - motto grosstadt im kleinstaat - wien zwischen den beiden kriegten - die fortsetzung des avantgarde-festivals (moeglicherweise im museum des 20. jahrhunderts) und die einbeziehung des films der zeit an. die festwochen seien, dem motto entsprechend, als kulturkritische und kulturpolitische auseinandersetzung mit der zeit zu verstehen. wegen organisatorischer und finanzieller schwierigkeiten sind die projekte "die letzten tage der menschheit", "schratt" von rolf schneider und die oper "jesu hochzeit" von gottfried von einem in frage gestellt.

weiter stellte zilk fest, dass verschiedene fragen der festwochengestaltung der zukunft im allgemeinen und der programmierung im naechsten jahr erst im herbst mit der person des zukuenftigen intendanten geklaert werden koennten. (gab)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (9):

restliche tagesordnung

16 wien, 27.6. (rk) fuer die veranstaltung "aktuelle kunst auf dem georgenberg" durch die "kuenstlerische arbeitgemeinschaft mauer" beantragte gr. h o l u b a r z (spoe) einen foerderungszuschuss von 100.000 s. vbgm. dr. b u s e k (oevp) begruesste die subvention, weil damit freiwillige private kulturaktivitaeten am stadtrand gefoerdert werden. mehr mittel waeren dafuer sogar gerechtfertigt, doch sollte das geld nicht aus dem "kulturschilling" genommen werden, dessen urspruengliche widmung die altstadterhaltung ist. da fuer altstadterhaltung immer mehr mittel benoetigt werden, sollte es auch im interesse des kulturressorts liegen, den "kulturschilling" nicht anzuzapfen. die oevp ist zur unterstuetzung bereit, dass im naechsten budget die kulturansaeetze erhoehrt werden. in einem a b a e n d e r u n g s a n t r a g wird die bedeckung aus dem kultur-budget verlangt.

kultur-stadtrat prof. dr. z i l k (spoe) erklaerte, dass er bei amtsantritt ausdruecklich die verstaerkte foerderung von kulturellen aktivitaeten in den bezirken zugesagt hat. es gibt bereits interessante entwicklungen auf diesem gebiet. die aktivitaeten der gruppe in mauer sind ausserordentlich positiv zu werten. die schwierigkeiten bei solchen gruppen entstehen, weil sie sich nicht an die spielregeln halten: die "arbeitgemeinschaft mauer" hat gar nicht um die subvention eingereicht gehabt. dazu aufgefordert, reichte sie ein, als das kulturbudget laengst erstellt war. man hat jetzt die letzten mittel, auch im "kulturschilling" zusammengekratzt, um die 100.000 s zu geben. im uebrigen ist die bedeckung aus dem kulturschilling gerechtfertigt, weil zur altstadterhaltung auch gehoert, die altstadt mit neuem leben zu erfuellen.

a b s t i m m u n g : der abaenderungsantrag blieb mit den fpoe- und oevp-stimmen in der minderheit, der antrag des bericht-erstatters wurde mit den stimmen der spoe a n g e n o m m e n .

subvention fuer studentenheim

gr. h o l u b a r z (spoe) beantragte eine subvention von 10,5 millionen s fuer die aufrechterhaltung des betriebes des internationalen studentenheimes doebling. gr. p r o c h a s k a (oevp) kritisierte die vorgaenge um dieses heim, die zu studentenprotesten gefuehrt hatten und warf der spoe parteipolitische machinationen vor. die neukonstruktionen zur fuehrung des studentenheimes haben den buerokratischen aufwand ausgeweitet und das defizit vergroessert. dennoch stimmt die oevp der subvention zu, vorbehaltlich einer fuer den herbst vorgesehenen generellen loesung. im s c h l u s s w o r t erklaerte der berichterstatter, dass bedauerlicher weise die renovierungskosten so hoch sind, weil es auch mutwillige zerstoerungen gegeben hat. es wurde in langen und eingehenden verhandlungen versucht, mit den studenten zu einem konsens zu gelangen. die unabhaengige presse hat jedoch die studenten-kampagne gegen die stadt wien geschuert.

a b s t i m m u n g : einstimmig a n g e n o m m e n .

(smo) (forts)

1427

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (10):

foerderungen

17 wien, 27.6. (rk) eine subvention in der hoehe von 2,4 millionen fuer das wiener volksbildungswerk beantragte gr. L a n d s m a n n (spoe). die foerderungsmittel sollen zur durchfuehrung der zahlreichen stadtrandaktivitaeten zur verfuegung stehen. gr. mag. k a u e r (oevp) stellte fest, dass seine fraktion dem antrag nicht zustimmen werde, weil eine naehere begruendung fuer die subvention fehlt.

in seinem schlusswort wies L a n d s m a n n darauf hin, dass in jedem bezirk ein kulturverein geschaffen wurde, dem das wiener volksbildungswerk bei der organisatorischen durchfuehrung der veranstaltungen zur verfuegung steht. ausserdem werden sechs kulturwandertage vom wiener volksbildungswerk betreut.

a b s t i m m u n g : mit mehrheit angenommen.

fuer die "erste freie wiener kunstaussstellung" in der zeit vom 5. bis 29. juli, die die gesellschaft bildender kuenstler in oesterreich durchfuehrt, beantragte gr. ingrid s m e j k a l (spoe) eine subvention von 500.000 schilling. gr. prof. b i t t n e r (oevp) verlangte, dass die bedeckung der subvention nicht aus dem kulturschilling erfolge.

a b s t i m m u n g : der abaenderungsantrag der oevp wurde abgelehnt, der antrag mit stimmenmehrheit angenommen. (ba) (forts.)

wiener gemeinderat (11):

sachkrediterhoehung

18 wien, 27.6. (rk) zu dem von gr. r a u t n e r (spoe) referierten antrag, eine sachkrediterhoehung fuer den staedtischen wohnhausbau am migazziplatz 6 in wien 12 zu genehmigen, war die verhandlung verlangt worden. wortmeldung lag keine vor:

a b s t i m m u n g : angenommen mit den stimmen der spoe.

theater an der wien

gr. s c h w e d a (spoe) beantragte die kenntnisnahme des rechnungshofberichtes ueber das theater an der wien.

der gebarungsabgang des theaters an der wien ist von 31 millionen in der spielzeit 1971/72 um 90 prozent auf 59 millionen in der spielzeit 1976/77 gestiegen, erklarte gr. dipl.-ing. dr. p a w k o w i c z (fpoe). wirtschaftliche ueberlegungen seien beim theater an der wien nicht immer im vordergrund gestanden. so waren die geforderten entgelte fuer buennenvermietungen haeufig niedriger als die selbstkosten. die kinderfreunde beispielsweise verursachten kosten von 3 millionen, bezahlt wurde 346.000 schilling. das theater an der wien ist eine ausserordentlich wichtige institution, man muesse gemeinsam trachten, die offenkundigen misstaende so rasch wie moeglich abzustellen.

gr. s c h w e d a betonte in seinem schlusswort, dass der deckungsfaktor bei der gebarung des theaters an der wien in den vom rechnungshof geprueften jahren mit rund 35 prozent praktisch unveraendert geblieben ist.

a b s t i m m u n g : einstimmig angenommen.

garagenfoerderung

gr. s a l l a b e r g e r (spoe) beantragte eine aenderung der garagenfoerderungsaktion, die auch die foerderung kleinerer garagenbauten im dichtverbauten stadtgebiet ermoeglicht.

gr. dr. h i r n s c h a l l (fpoe) betonte, dass er mit diesem antrag voellig konform gehe. eine ergaenzung waere allerdings notwendig. das beispiel messeplatzgarage zeige, dass eine widerrufsmoeglichkeit fuer bereits ausbezahlte foederungsbetraege geschaffen werden muesste. dr. hirnschall brachte einen entsprechenden z u s a t z a n t r a g ein. gr. s a l l a b e r g e r (spoe) betonte in seinem schlusswort, dass dieser zusatzantrag im finanzausschuss geprueft werden sollte. die formelle zuweisung eines zusatzantrages ist aus geschaeftsordnungsgruenden allerdings nicht moeglich. deshalb empfahl sallaberger, den zusatzantrag vorerst abzulehnen.

a b s t i m m u n g : der antrag des berichterstatters wurde einstimmig a n g e n o m m e n . der fpoe-zusatzantrag wurde mit den stimmen der spoe abgelehnt. (ger) (forts)

1518

wiener gemeinderat (12):

floetzersteig strasse

19 wien, 27.6. (rk) gr. r o s e n b e r g e r (spoe) beantragte die aenderung des flaechenwidmungsplanes aus 1967 mit deren hilfe der bau der sogenannten floetzersteig-bundesstrasse - b 223 ermoeeglicht werden soll.

gr. p a w k o w i c z (fpoe) wies darauf hin, dass dieses strassenbauprojekt aus dem jahr 1967 als ueberholt zu betrachten sei. man habe sich nicht die muehe gemacht, die inzwischen wesentlich geaenderten oekologischen gegebenheiten zu ueberpruefen - wie zum beispiel das verstaerkte verkehrsaufkommen - bevor man dieses projekt aus der schublade gezogen hat. man muesse sich darueber klar sein, dass der bau der b 223 im geplanten ausmass bedeute, dass zusaetzliche verkehrstroeme in die stadt gefuehrt wuerden. da deren verteilung im 16. bezirk auf dauer wahrscheinlich unmoeglich sein wird, wuerde in weiterer folge der ausbau einer vorortelinie-begleitstrasse zwingend erscheinen. was wieder zur folge haben wird, dass sich der ueberregionale schwerverkehr dieser strasse bedienen wuerde. als alternativloesung schlug

./.

pawkowicz die schliessung des autobahnringes um wien vor. diese alternative haette nicht nur den vorteil, dass sich die fuer die betroffene bevoelkerung katastrophale floetzersteigstrasse eruebrigen wird, sondern auch dass der ueberregionale verkehr relativ weit aussen erfolgt, dass die ueberlastung der nordbruecke geringer wuerde und dass auch die geplante b 222 durch hietzing ueberfluessig wuerde.

als naechster debattenredner nahm gr. h a u b e n b u r g e r (oevp) zu dem problem der floetzersteig-strasse stellung. er wies darauf hin, dass dieser bau einer "stadtautobahn" auf grund eines veralteten bundesstrassengesetzes und einer ueberholten planung fuer stadtautobahnen erfolge. es sei weiter nicht einzusehen, warum die gemeinde, wenn sie schon auf dem bau der floetzersteig-strasse bestehe, nicht wenigstens alternative bauprojekte, wie eine fuehrung in tieflage mit einem tunnel, vorlege.

gr. haubenburger wandte sich weiter mit der frage an den amtsfuehrenden stadtrat, ob es richtig sei, dass in der entscheidenden sitzung des zustaeendigen fachbeirats der fachmann fuer oekologie nicht anwesend gewesen sei und daher kein oekologisches gutachten eingeholt wurde. der redner wies darauf hin, dass nach berechnungen von fachleuten die geplante floetzersteigstrasse fuer das wiental eine kaum spuerbare entlastung von hoechstens zehn prozent bringen wird. andererseits wuerde die zu erwartende frequenzsteigerung auf der b 223, zu der solche schnellstrassen erfahrungsgemaess geradezu einladen, den floetzersteig praktisch unbewohnbar machen.

als alternativloesung schlug gr. haubenburger den forcierten ausbau der a 21 vor. erst dann koenne man die situation richtig einschaeetzen. zu bedenken sei ausserdem, dass sich angesichts der weltweiten krise in der energieverversorgung auch die einstellung der bevoelkerung gegenueber dem auto zu aendern beginne. (may)

(forts.)
1536

k u l t u r :

=====

zilk fuer ensembleschutz

20 wien, 27.6. (rk) bei seinem pressegesprach am mittwoch erklarte kulturstadtrat dr. helmut z i l k in beantwortung einer frage, er werde weiterhin mit ganzem einsatz und persoentlichem engagement fuer die beibehaltung des ensembleschutzes kaempfen. eventuellen bestrebungen einer verduennung oder unterlaufung des ensembleschutzes werde er entschieden entgengetreten. (gab)

1554

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (13):

floetzersteigstrasse (forts)

21 wien, 27.6. (rk) mit der angst der menschen sollte man nicht spielen, erklarte stadtrat n i t t e l (spoe). er warf der oevp vor, einen eklatanten rueckstand an information in der bevoelkerung zu missbrauchen und blanke demagogie zu betreiben. es ist keine autobahn geplant, so nittel, die in weite teile ottakrings oder penzing fuehrt.

die vorschlaege der oevp sind reden fuer den tag, fuer den augenblick, mit denen man keine verkehrsprobleme loesen kann. in hietzing sprach sich die oevp fuer den ausbau des floetzersteiges aus, im ausschuss sprach sich ein vertreter der oevp fuer eine tunnelloesung aus und dr. busek sieht das heil in der fertigstellung der a 21.

die spoe betreibt dagegen mit konsequenz und ohne ver- fuehrung des taeglichen opportunismus verkehrspolitik. nittel er- innerte, dass das problem durch die notwendige reparatur der nikolaibruecke und den damit zusammenhaengenden problemen von nur einer vorhandenen ausfahrt in den westen wiens akut wurde. dieses problem kann sich bei auftreten eines technischen gebrechens oder eines groesseren unfalls jederzeit wiederholen.

der floetzersteig war immer ein verkehrsweg und ist schon derzeit zu drei viertel als vierspurige strasse ausgebaut. schon heute befahren den floetzersteig 7.000 bis 8.000 fahrzeuge pro tag. der verkehr wird jedoch in eine schlucht geleitet. durch den ausbau wird eine bestehende strasse sinnvoll mit anderen strassen verknuepft. dies ist auch eine umweltfreundliche loesung, da autos, die gleichmaessig dahinfahren, umweltfreundlicher sind, als autos, die sich in einem stotternden verkehr bewegen. nittel ver- sicherte, dass fuer den ausbau der floetzersteigstrasse alle der- zeit bekannten umweltschutzmassnahmen eingeplant werden.

am 30. april dieses jahres erreichte der kraftfahrzeugbestand in wien die zahl 556.000. allein im vorjahr nahm der bestand trotz 30prozentiger mehrwertsteuer und trotz benzinpreiserhoehung um 35.000 fahrzeuge zu. in einer solchen situation lassen sich verkehrsueberlegungen nicht mit wunschbildern machen. nittel appellierte, diese probleme solidarisch und nicht nach dem "florianiprinzip" zu loesen.

stadtrat univ.-prof. dr. w u r z e r (spoe) erklarte, dass die nun zu beschliessende flaechenwidmung unter ordnungsgemaesser einschaltung des fachbeirats fuer stadtplanung erfolgt ist. die festsetzung des termines und der tagesordnung liegt beim vorsitzenden dieses beirats. das heute zur verhandlung stehende thema wurde im fachbeirat in der 23. und 24. sitzung behandelt, und der fachbeirat stimmte dem projekt einhellig zu. prof. dr. h a i d e r war in beiden sitzungen entschuldigt. (sei) (forts.)

1618

wiener gemeinderat (14):

floetzersteigstrasse (forts)

22 wien, 27.6. (rk) den vorwurf nittels, die oevp nehme einen demagogischen standpunkt ein, wies vbgm. dr. b u s e k (oevp) zurueck. formell ist es durchaus richtig, dass keine anderen verbesserungen moeglich sind, wenn man jetzt die widmungaenderung ablehnt. das ist aber das dilemma der wiener verfassung, dass immer nur stueckerweise entscheidungen getroffen werden, so dass man konsequenterweise zu allen teilentscheidungen neinsagen muss. dass dieses problem existiert, hat buergermeister gratz fairerweise von sich aus schon festgestellt.

in wirklichkeit geht es jetzt um die politische frage, ob ein derartiger strassenbau ueberhaupt noch gerechtfertigt ist. wenn nittel den mangel an information beklagt, kann man nur auffordern, bei kommenden projekten mehr zu tun. eine studie der ma 22 ueber die umweltbelastungen der floetzersteig-strasse wurde jedoch angeblich auf weisung von str. schieder zurueckgehalten und buergern in der ma 22 die einsicht verweigert. zur forderung nach rascher fertigstellung des aussenringes, muss gesagt werden, dass er

nicht nur dem durchzugsverkehr dienen wird, sondern auch zur entlastung des innerstaedtischen verkehrs, denn viele werden lieber ein paar kilometer laenger fahren als durch verstopfte strassen. die westeinfahrt - daran wird der floetzersteigausbau nichts aendern - wird ein engpass bleiben. die koppstrasse ist zu den hauptverkehrszeiten schon jetzt verstopft. wenn die widmung, wie gesagt wurde, schon lange besteht, warum wurden dann noch bis 1970/71 baubewilligungen im betroffenen gebiet erteilt? sich jetzt mit den abloesen zu bemuehen, die eigentlich eine selbstverstaendlichkeit sind, ist nicht angebracht. unrichtig ist schliesslich der vorwurf, man mache den leuten angst. es sind die lebensumstaende, die den menschen angst machen, die politik foerdert sie nicht, sie reagiert nur darauf.

busek schloss mit dem vorschlag, in dem betroffenen bereich eine volksabstimmung zu machen. das waere ein gradmesser fuer praktizierte buergernaehere.

zu sechs fragen nahm stadtrat s c h i e d e r (spoe) stellung:

1. zur behauptung ueber die belastung der lebensqualitaet: jede massnahme, die der hebung der lebensqualitaet einer groesseren zahl von menschen dient, kann eventuell eine belastung fuer einzelne sein. es muss also die frage gestellt werden, wie sich die lebensqualitaet insgesamt in dem betroffenen gebiet aendert. tatsaechlich wird durch den ausbau der floetzersteigstrasse der bisher in zwei adern - hadikgasse und linzer strasse - fliessende verkehr auf drei adern aufgeteilt. der floetzersteig schafft keinen zusaetzlichen verkehr, bringt das gesamte gebiet in der summe keine verschlechterung, sondern wahrscheinlich eine verbesserung. immissionen, die in der linzer strasse lange wirksam sind, koennen auf der floetzersteig-strasse rascher und umweltfreundlich weggeschafft werden.

2. zur behauptung, dass stadtteile zerschnitten werden - eine ebenerdige loesung zerschneidet mehr, als eine strasse, unter der man durchgehen kann.

3. zur frage prioritaaet fuer den massenverkehr - eine ebenerdige loesung kreuzt die linzer strasse, bedeutet also behinderungen fuer den 49er.

4. zur frage der "zurueckgehaltenen" umweltstudie der ma 22: es stimmt, dass die studie nicht in der ma 22 hergegeben wurde, aber nicht auf weisung schieders. die studie und das modell waren naemlich gar nicht in der ma 22 vorhanden, sondern gerade auf dem weg zur informationsveranstaltung in der linzer strasse, wo studie und modell oeffentlich vorgestellt wurden.

5. zur information: alle anrainer, alle einwohner des gebietes werden mit einem postwurf des pid informiert. es gab ueberdies die veranstaltung in der linzer strasse mit bezirksvorsteher und stadtraeten, wo modell und studie vorgestellt wurden.

6. somit stimmt es nicht, dass von anfang an keine information vorhanden war. jetzt gibt es aber einen informations-notstand, weil inzwischen falsche informationen auf illegal aufgestellten tafeln einwirken. jetzt braucht man also eine vermehrte, richtige information. (smo) (forts.)

1713

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (15):

floetzersteigstrasse (schluss)

23 wien, 27.6. (rk) gr. ddr. s t r u n z (oevp) stellte fest, dass der laermpegel in der koppstrasse 65 dbL und die bleimenge 9 mikrogramm betragen. durch den bau der floetzersteig-bundesstrasse wuerden sich diese werte weiter verschlechtern. die bewohner koennen vor den abgasen nicht geschuetzt werden, weil die gase lungengaengig sind. schweizer experten haben festgestellt, dass in stark befahrenen strassenschluchten der prozentsatz an lungenkrebs wesentlich hoeher als zum durchschnitt liegt.

in seinem schlusswort sagte gr. r o s e n b e r g e r (spoe), dass das problem floetzersteig-bundesstrasse durch die diskussion wesentlich transparenter gemacht wurde, dass es aber bei der abstimmung nicht um den bau der strasse, sondern um eine flaechenwidmung gehe. tatsache sei jedoch, dass der bau der bundesstrasse wesentliche verkehrstechnische verbesserungen, wie beispielsweise die zu- und abfahrt der bergmillergasse mit sich bringt und die erholungslandschaft rosental geschuetzt wird. die opposition habe bei diesem projekt mit der angst der bevoelkerung spekuliert. dabei wird im pro wien-verkehrskonzept der oevp der floetzersteig als "wichtige auszubauende bundesstrasse" angefuehrt. im fpoe-verkehrskonzept wurden strassen aufgezaeht, die nicht gebaut werden sollen: die floetzersteig-bundesstrasse war nicht darunter.

a b s t i m m u n g : mit mehrheit angenommen. (ba) (forts)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (16):

wohnhaeuser

24 wien, 27.6. (rk) gr. s e e b o e c k (spoe) beantragte eine aenderung des flaechenwidmungs- und bebauungsplanes im bereich schemmerlstrasse/hasenleitengasse in simmering.

gr. dr. p e t r i k (oevp) kritisierte die absicht, einen gemeindebau der bauklasse (roem.) 2 in diesem gebiet zu errichten. ein 10,5 meter hoher wohnbau wuerde in diesem siedlungsgebiet einen fremdkoerper darstellen. eine buerginitiative habe sich gebildet, welche die herabsetzung der gebaeudehoehe auf 7,5 meter verlange.

bei dem gegenstaendlichen projekt handelt es sich um eine anlage mit ca. zwanzig stiegenhaeusern und insgesamt 144 wohnungen, stellte stadtrat h a t z l (spoe) fest, die sehr wohl der umgebung angepasst ist. das fuer eine lockere verbauung vorgesehene grundstueck ist eine oedlandschaft, die einen sanitaeren uebelbestand darstellt. der neubau wird im uebrigen auch fuer die bewohner der umgebung eine verbesserung der infrastruktur bringen. hatzl betonte, dass die oevp der flaechenwidmungsaeenderung in der bezirksvertretung zugestimmt habe.

gr. dr. m a y r (oevp) erklaerte, dass die in der bezirksvertretung beschlossene flaechenwidmung auch eine andere loesung zugelassen haette: die verwirklichung eines einfamilienhausprogrammes waere seiner meinung nach sinnvoller .

a b s t i m m u n g : angenommen mit den stimmen der spoe und fpoe. (ger)

gr. rosa h e i n z (spoe) beantragte die errichtung der staedtischen wohnhausanlage in wien 17, dornbacher strasse 119, die 20 wohnungen und nebenraeume umfassen soll. stadtrat dr.

m a u t h e (oevp) stellte dazu fest, dass es sich hierbei um das bisher einmalige beispiel handle, dass auf antrag der minderheit eine bereits fertige planung noch einmal in frage gestellt wurde. anlass dazu war, dass die umgebung der geplanten wohnhausanlage nach

abschluss der erstplanung fuer diese anlage zur schutzzone erklart wurde. stadtrat maethe drueckte seine hoffnung aus, dass es sich bei dieser beispielhaften vorgangsweise vielleicht um den anfang einer neuen architekturgesinnung in wien handeln koenne.

stadtrat univ.-prof. dr. w u r z e r (spoe) wies darauf hin, dass die planung fuer diese wohnhausanlage bereits 1976 fertiggestellt wurde, waehrend die schutzzonenerklaerung fuer die umgebung erst spaeter erfolgte. bei der diskussion um die neugestaltung der planung unter beruecksichtigung der nunmehr bestehenden schutzzone muesse auch grundsuetzlich ausdiskutiert werden, was mit bereits fertigen planungsvorhaben in nachtraeglich zu schutzzonen erklarten gebieten in zukunft geschehen soll.

der antrag wurde einstimmig angenommen. (may) (forts)

1721

wiener gemeinderat (17):

erweiterung der bezirkdemokratie

25 wien, 27.6. (rk) stadtrat n e k u l a (spoe) beantragte, eine verordnung zu genehmigen, mit der angelegenheiten des gemeinderats an die bezirksvertretungen uebertragen werden.

gr. dr. h i r n s c h a l l (fpoe) erklarte, dass die rechte, die der gemeinderat an die bezirksvertretungen abgibt, nicht bedeutungsvoll sind. wesentlich interessanter ist, dass nun vor entscheidungen, die den bezirk betreffen, die bezirksvertretung gehoert werden muss.

gr. dkfm. dr. maria s c h a u m a y e r (oevp) erklarte, dass nun eine alte forderung der oevp erfuehlt wurde. damit ist ein erster, jedoch substantieller schritt zur dezentralisierung getan.

gr. m a y r h o f e r (spoe) erklarte, dass nun die bezirksvertretung bei der budgeterstellung mitwirken und prioritaelen setzen kann. er erinnerte, dass wiens bezirksvertretungen die einzig demokratisch gewaehlten bezirksvertretungen oesterreichs sind.

stadtrat n e k u l a erklarte in seinem schlusswort, dass diesem ersten schritt zur dezentralisierung naechstes jahr ein weiterer folgen wird. 1980 wird im 21. und 22. bezirk ein modellversuch ueber die ausweitung der bezirkdemokratie durchgefuehrt.

a b s t i m m u n g : einstimmig angenommen. (sei) (forts.)

1737

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (18):

nochmals kulturschilling

26 wien, 27.6. (rk) zum antrag von gr. gertrude s t i e h l (spoe), dem komponisten prof. erwin weiss, mit einer komposition fuer chor und orchester zu beauftragen und dafuer 60.000 s zur verfuegung zu stellen, brachte gr. p r o c h a s k a (oevp) den abaenderungsantrag ein, den betrag nicht aus dem "kulturschilling" zu bedecken.

a b s t i m m u n g : der abaenderungsantrag blieb in der minderheit, der berichterstatter-antrag wurde von der spoe a n g e n o m m e n .

gynaekologische ambulanzen

gr. maria s z o e l l o e s i (spoe) beantragte zum floridsdorfer krankenhaus einen zubau fuer eine gynaekologische ambulanzen samt familienberatung mit baukosten von 8,260.000 s und inventarkosten von 1,700.000 s. gr. sigrun s c h l i c k (oevp) erklarte, dass in anbetracht der aertzlichen unterversorgung in den bezirken 21. und 22. zweckmaessiger waere, nicht bloss eine ambulanzen sondern eine komplette gynaekologische abteilung mit familienberatung zu errichten. sie brachte einen diesbezuglichen g e g e n a n t r a g ein. str. univ.-prof. dr. s t a c h e r (spoe) entgegenete, dass der umbau mit der ambulanzen samt familienberatung rasch verwirklicht werden kann, waehrend der bau einer eigenen abteilung eine voellige neuplanung erfordert. frueher als diese neuplanung wird das krankenhaus ost mit einer gynaekologie fertig sein. dem mangel an frauenaerzten in den beiden bezirken kann mit der ambulanzen rasch begegnet werden.

a b s t i m m u n g : der gegenantrag blieb in der minderheit, der berichterstatter-antrag wurde von fpoe und spoe a n g e n o m m e n . (smo)

27. juni 1979

''rathaus-korrespondenz''

blatt 1728

um 17.30 uhr war die tagesordnung erledigt. der vorsitzende, gr. m a y r h o f e r (spoe) dankte den mitgliedern des gemeinderates fuer die geleistete arbeit. der wiener gemeinderat geht nun in die ferien, die ausschuesse arbeiten jedoch weiter. die naechste sitzung des gemeinderates findet im september statt.
(schluss) (ba)

e n d e d e s s i t z u n g s b e r i c h t e s

1806